Landtag Brandenburg **Drucksache 8/2789**
8. Wahlperiode

Kleine Anfrage 1040

des Abgeordneten Lars Hünich (AfD-Fraktion)

an die Landesregierung

Dritte Tierschutzkonferenz Brandenburg

Am 30. April 2026 fand auf Einladung von Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke die dritte Tierschutzkonferenz in der Potsdamer Staatskanzlei statt. Die Konferenz behandelte vier Schwerpunkte: das geplante Gefahrtiergesetz, den Schutz von Wildtieren vor Mährobotern, die Problematik des Animal Hoarding sowie den Umgang mit gefundenen Wildtieren.
Bereits auf der ersten Tierschutzkonferenz (November 2023) kündigte die Landesregierung an, die Haltung gefährlicher Tiere neu regeln zu wollen. Auf der zweiten Konferenz (Mai 2024) wurden Eckpunkte für eine „Gefahrtierverordnung“ vorgestellt. Nun, mehr als zweieinhalb Jahre später, liegt nach eigenen Angaben der Landesregierung noch immer nur ein „Entwurf“ vor – ohne erkennbaren Zeitplan für die Verabschiedung.
Brandenburg ist nach vorliegenden Übersichten eines von wenigen Bundesländern ohne jegliche gesetzliche Regelung zur Haltung gefährlicher Tiere. Neun Bundesländer – Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Thüringen – haben bereits entsprechende Regelungen in Kraft gesetzt. Die Regelungsstränge reichen von Erlaubnisvorbehalten (Bayern) über strenge Haltungsauflagen bis zum strikten Haltungsverbot (Hessen).
Beim Thema Mähroboter setzt die Landesregierung ausschließlich auf eine freiwillige Informationskampagne, während Tierschutzorganisationen auf Bundesebene ein gesetzliches Nachtfahrverbot für Mähroboter fordern. Eine Abwägung zwischen freiwilligen Maßnahmen und verbindlicher Regulierung ist aus der Pressemitteilung nicht erkennbar.

Ich frage die Landesregierung:

1. Warum liegt mehr als zweieinhalb Jahre nach der ersten Ankündigung einer Gefahrtierverordnung (November 2023) und mehr als zwei Jahre nach Vorstellung der Eckpunkte (Mai 2024) noch immer kein beschlossener Gesetzentwurf oder Verordnungsentwurf vor? Welche konkreten Gründe haben zu dieser Verzögerung geführt?

2. Bis wann plant die Landesregierung, einen Referentenentwurf für ein Gefahrtiergesetz oder eine Gefahrtierverordnung dem Landtag bzw. der Öffentlichkeit vorzulegen? Ist der Erlass einer Verordnung oder eines formellen Gesetzes vorgesehen?

3. Wie viele Vorfälle mit gefährlichen Tieren in Privathand (Entweichen, Verletzungen von Personen oder Tieren, Beschlagnahmungen) wurden in Brandenburg in den Jahren 2021 bis 2025 amtlich erfasst? Bitte jahresweise und nach Tierart aufschlüsseln.

Eingegangen: 08.05.2026 / Ausgegeben: 11.05.2026

4. Wie viele Tiere, die als „gefährliche Tiere“ einzustufen wären, befinden sich nach Schätzung oder Kenntnis der Behörden derzeit in privater Haltung in Brandenburg?

5. Auf welcher Grundlage hat die Landesregierung entschieden, beim Schutz von Wildtieren vor Mährobotern ausschließlich auf freiwillige Informationskampagnen zu setzen? Wurde die Möglichkeit verbindlicher Regelungen (z. B. Betriebszeitbeschränkungen für Dämmerung und Nacht) geprüft? Wenn ja, warum wurde davon abgesehen?

6. War jemand bei der Konferenz anwesend, der sich mit der Versorgung der verletzten Tiere befasst? Falls ja: Welche Sofortmaßnahmen hielt diese Person für unabdingbar, um Wildtiere wirksam zu schützen?

7. Gibt es Erhebungen oder belastbare Schätzungen über die Anzahl von Wildtieren – insbesondere Igeln –, die in Brandenburg jährlich durch Mähroboter getötet oder verletzt werden?

8. Welcher Zeitplan ist für die Verteilung der in der Pressemitteilung erwähnten Informationsmaterialien vorgesehen?

9. Wie viele Fälle von Animal Hoarding wurden in Brandenburg in den Jahren 2021, 2022, 2023, 2024 und 2025 von Veterinärämtern amtlich erfasst? Wie viele Tiere waren in diesen Fällen jeweils betroffen?

10. In wie vielen erfassten Fällen wurde den Betroffenen eine psychiatrische oder psychotherapeutische Behandlung vermittelt?

11. In wie vielen Fällen wurde ein Tierhalteverbot verhängt? Welche zeitlichen Begrenzungen wurden dafür jeweils festgelegt und wer überwacht die Einhaltung?

12. Welche Einrichtung wurde mit der Betreuung dieser beschlagnahmten Tiere jeweils beauftragt? Wer trug die Kosten der medizinischen Versorgung und Kastration dieser Tiere?

13. Bis wann soll das angekündigte Online-Entscheidungstool „Tier gefunden – Was tun?“ betriebsbereit sein? Welche Behörde oder Stelle ist für Betrieb, Pflege und Aktualisierung des Tools verantwortlich?

14. Kam bei der Konferenz das Thema „Grundfinanzierung von Tierheimen“ zur Sprache und wenn ja, mit welchem Ergebnis?

15. Wurde bei der Konferenz darüber abgestimmt, die Mittel für die Katzenkastrationsrichtlinie zu erhöhen, nachdem diese für das Jahr 2026 bereits Ende Februar ausgeschöpft waren? Plant die Landesregierung eine weitere Mittelfreigabe, um weitere Kastrationen für den Hebst 2026 zu ermöglichen?

16. Wurden bei der Konferenz die Gründe dafür erläutert, warum bei beantragten Vorhaben aus Mitteln der neuen Tierheimförderrichtlinie der Eigenanteil von 20 % auf 25 % erhöht wurde und warum der maximale Förderbetrag nun bei 50 000 Euro liegt? Bitte legen Sie diese Gründe dar!